

Ä1 zu Z04

Antrag

Initiator*innen: AG SelbstAktiv Sachsen

Titel: **Ä1 zu Z04: Zur Umsetzung der UN-BRK in der SPD Sachsen - Anträge zukünftig auch in einfacher Sprache**

Titel

Ändern in:

Zur Umsetzung der UN-BRK in der SPD Sachsen - Anträge zukünftig auch in leichter Sprache

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wahlprogramme und Anträge sind in Zukunft vor den beschließenden Parteitag, bevorzugt zusätzlich mit einer Anlage in leichter Sprache zu ergänzen.

In Ausnahmefällen ist die einfache Sprache ausreichend, (Initiativanträge und Änderungsanträge) Die Gliederung der Anlage sollte wie folgt aufgebaut sein:Beispiel:

Anlage 1 zu M16 Einheitliche Pfandflaschen- Warum wird der Antrag gestellt?

(Ursache)-Was soll erreicht werden? (Ziel)- Welche Folgen hat welches

Abstimmungsverhalten?

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir Personen in unseren eigenen Reihen qualifizieren.

Damit wären wir unabhängig, würden Geld sparen und unserem Anspruch eine progressive Partei für ALLE zu sein gerecht werden.

Begründung

UN-BRK

Artikel 5 Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

Abs. (3) Zur Förderung der Gleichberechtigung und zur Beseitigung von Diskriminierung, unternehmen die Vertragsstaaten alle geeigneten Schritte, um die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen zu gewährleisten.

Dazu gehört auch das Leseverständnis.

Anträge werden häufig mit Fachbegriffen, politischen Redewendungen und unter Bezug auf Gesetzestexte und Verordnungen verfasst. Das macht es unter anderem für Menschen kognitiven Einschränkungen besonders schwer, den Inhalt und die Folgen des eigenen Abstimmungsverhaltens zu erfassen.

Ziel der AG SelbstAktiv Sachsen ist es, dass alle Teilnehmer*innen an Veranstaltung der SPD Sachsen die Möglichkeit haben Anträge zu verstehen. So sollen vor allem Betroffene ermutigt und eingeladen werden, sich aktiv an Debatten mit Ihren Erfahrungen und ihrer Expertise einzubringen.

Bereits seit dem 23. September 2020 sind Städte und Gemeinden verpflichtet Informationen auf Internetseiten in leichter Sprache bereit zu stellen.

Warum reicht die Einfache Sprache nicht aus?

Die Einfache Sprache besitzt kein festes Regelwerk, sondern nur Empfehlungen. Sie ist undefiniert. Ob der Text einfach ist bestimmt allein der/die Verfasser*in. Bereits 2006 hat der Verein Netzwerk leichte Sprache ein Regelwerk veröffentlicht, dass neben Rechtschreibregeln auch Hinweise zu Typografie und Mediengebrauch enthält.

Texte in Leichter Sprache werden vor Veröffentlichung von Menschen mit erschwertem Sprach- und Leseverständnis geprüft.

Die SPD Sachsen sollte die Zeit nutzen um gezielt zu agieren.

Qualifizieren statt Finanzieren.

In wenigen Monaten werden die Auftragsbücher der Übersetzungsbüros voll sein und die Preise für solche Dienstleistungen entsprechend steigen.

Wenn wir bis dahin jedoch Qualifizierte in den eigenen Reihen haben, sind wir unabhängig die Arbeit lässt sich verteilen, wir sparen eine Menge Geld und sind der Konkurrenz beim Thema Inklusion voraus.

Anlage 1 zu Antrag M16 in leichter Sprache

Alle Pfand-Flaschen sollen eine bestimmte Form und eine bestimmte Größe haben.

Der Grund

Es gibt Getränke in Flaschen aus Glas.

Zum Beispiel Wasser, Bier oder Cola.

Beim Einkaufen von den Flaschen bezahlen Sie einen Pfand.

Ein kleiner Geldbetrag für die Flasche.

Wenn Sie die Flasche zurück in das Geschäft bringen.

Bekommen Sie das Geld zurück.

So entsteht weniger Müll.

Das ist gut für die Umwelt.

Viele Flaschen haben verschiedene Größen und Formen.

Der Pfand ist auch verschieden.

Das Ziel

Das Sortieren säubern und wieder auffüllen soll einfacher werden.

Damit das geht sollen alle Flaschen gleich groß sein.

Eine bestimmte Form soll es auch geben.

Das Gesetz das geändert werden soll heißt Verpackungs-Verordnung.

Auch der Pfand ist dann gleich.

Für jede Flasche 15 cent.

Wie kann ich abstimmen?

JA (dafür)

Der Antrag wird an den SPD Bundes-Parteitag übergeben.

Dort müssen die Mitglieder über den Antrag sprechen und darüber abstimmen.

Das Gesetz kann nur vom Bundes-Tag geändert werden.

ICH BIN NICHT SICHER (Enthaltung)

Wenn Sie sich nicht entscheiden können.

Wenn Sie keine Entscheidung treffen möchten.

Das nennt man auch neutral.

NEIN (dagegen)

Sie möchten das nicht.

Der Antrag wird nicht an den Bundes-Parteitag übergeben.

Antrag

Initiator*innen: Marcus Schade, SPD Ortsverein Freiberg

Titel: **Ä1 zu M11: Drohenden Kiesabbau in Söbrigen verhindern**

Antragstext

Von Zeile 20 bis 21 einfügen:

Falls der Abbau nicht mehr verhindert werden kann, bedarf es einer klaren Begrenzung für die Größe des Abbaubereiches und die Belastung durch LKW-Verkehr. Um die Auswirkungen eines möglichen zukünftigen Kiesabbaus in Söbrigen zu minimieren, wird die sächsische SPD zudem aufgefordert, sich für den Einsatz von Recyclingbeton aus Bauschutt einzusetzen und zu fördern. Wo dies technisch in Bauwerken möglich ist und vor allem die Errichtung der notwendigen Aufbereitungsanlagen in Sachsen ist zu unterstützen.

Begründung

Eine hohe Bautätigkeit in den Städten und in der Verkehrsinfrastruktur wird den Bedarf an Zuschlagstoffen wie Kies nicht verringern. Möchte die SPD Sachsen also eine Ausweitung der Kiesabbauflächen in Sachsen verhindern, so muss sie sich für den Einsatz von Recyclingbeton aus Bauschutt und Straßenbruch einsetzen. So fallen dort jedes Jahr 10 Millionen Tonnen Schüttgut an, die deponiert werden müssen. Diese könnten bei entsprechender Aufbereitung als Recyclingbeton wiederverwendet werden.

Dies würde den Bedarf an Naturkies sowie den Bedarf an Bauschuttdeponien und Kiesgruben deutlich reduzieren. Somit würden die Auswirkungen in Söbrigen

minimiert bzw. gar nicht mehr benötigt, um den Bedarf an Zuschlagstoffen für zukünftige Bauprojekte zusichern.

Ä1 zu K11

Antrag

Initiator*innen: SPD-Unterbezirk Dresden

Titel: **Ä1 zu K11: Umwandlung des Buß- und Bettages von einem gesetzlichen in einen stillen Feiertag auch in Sachsen**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion setzen sich für die Umwandlung des Buß- und Bettages von einem gesetzlichen in einen ~~stillen~~religiösen Feiertag auch in Sachsen ein. Der Buß- und Bettag wurde durch Gesetz vom 27.2.1934 erstmals als

Begründung

"Stiller Feiertag" ist ein missverständlicher Begriff, weil davon auch solche Feiertage erfasst werden, an denen weitergehende Beschränkungen als die Sonntagsruhe, wie z.B. ein Tanzverbot, gelten. "Religiöse Feiertage" hingegen sind im SächsSFG benannt und würden lediglich für Angehörige von Religionsgruppen Wirkung entfalten, die sich darauf berufen.

Antrag

Initiator*innen: SPD-Ortsverein Dresden-Elbhang/Schönfelder Hochland

Titel: **Ä1 zu Z05: Strategie zur inhaltlichen
Ausrichtung**

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, den im Herbst 2021 neu zu wählenden Landesvorstand zu beauftragen, einen innerparteilichen Diskussions- und Entscheidungsprozess zur inhaltlichen und strategischen Ausrichtung der sächsischen SPD zu initiieren und zu koordinieren.

Begründung

Die Stimmenanteile der SPD Sachsen in Landes- und Kommunalwahlen sind seit Jahren in besorgniserregendem Umfang rückläufig. Diese Zahlen können nicht als bloße Wasserstandsmeldungen abgetan werden, da sie mittlerweile in Sachsen existenzgefährdende Tiefstwerte darstellen. Wir glauben nicht, dass diese Situation allein ihre Ursachen in einem Imageproblem oder verbesserungsfähigem Marketing hat. Wir glauben auch nicht, dass sie allein auf von uns nicht zu beeinflussende Ursachen beruht (Stimmungen, Zeitgeist, Ängste). Und dennoch sind wir der festen Überzeugung, dass unser Wähler*innenpotential auch in Sachsen bei mehr als 20 Prozent liegt. Allerdings konnten wir in den letzten Jahren nicht erkennen, dass unter der notwendigen Führung des Landesvorstands eine umfassende Analyse und innerparteiliche, konstruktive und zielführende Diskussion – und letztendlich Entscheidung – über die inhaltlichen Schwerpunkte der SPD in Sachsen und davon abzuleitende strategische Festlegungen stattgefunden haben. Martins Verzicht auf seine Wiederwahl stellt - bei allem Respekt - noch keine inhaltliche Ausrichtung dar. Diese muss aber so schnell und so konzentriert wie möglich nach der

Bundestagswahl im September angegangen werden. Der Prozess kann nur gelingen, wenn er in der Breite unserer Partei stattfindet. Es liegt in der Verantwortung des Landesvorstands diesen Prozess zu initiieren und zu koordinieren. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu; aber länger aufschieben kann der Vorstand - wie auch immer er besetzt sein wird - diesen notwendigen Schritt nicht.

Ä1 zu Z08

Antrag

Initiator*innen: Florian Guhr

Titel: Ä1 zu Z08: Kandidatur von Nichtakademikern

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 einfügen:

Der Landesvorstand wird aufgefordert zu prüfen, ob bei Kandidaturen für den Bundes- und Landtag, sowie bei parteiinternen Gremien auch auf Unterbezirks-/Kreis- und Landesebene eine Quote von mindestens 25% Nichtakademikern eingeführt werden kann.

Begründung

Auch die Partei sollte sich dem nicht verschließen und einer zunehmenden Akademisierung entgegenwirken.